

Positionspapier Prävention und Gesundheitsförderung

Prävention und Gesundheitsförderung nachhaltig verankern

Prävention ist ein Schlüssel für eine gesunde Gesellschaft und damit eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Wenn wir gemeinsam darauf achten, Krankheiten frühzeitig vorzubeugen und gesundheitsbewusst zu leben, stärken wir nicht nur unsere individuelle Gesundheit, sondern auch das Wohl aller. Prävention bedeutet, Chancen zu nutzen, um Beschwerden zu vermeiden, bevor sie entstehen. So entlasten wir das Gesundheitssystem und fördern eine solidarische Gemeinschaft, in der sich alle sicher und unterstützt fühlen.

Vor dem Hintergrund steigender Ausgaben im Gesundheitswesen, die aber nicht zu einer entsprechend hohen Lebenserwartung bei guter Gesundheit führen, fordern wir von Politik und Gesellschaft ein klares Bekenntnis zu mehr Prävention und Gesundheitsförderung:

(1) Prävention und Gesundheitsförderung muss in allen Politikfeldern mitgedacht werden

Prävention und Gesundheitsförderung muss als Querschnittsaufgabe in allen Politikfeldern verstanden werden, nicht nur im Gesundheitswesen. Der Health-In-All-Policies-Ansatz stärkt die Zusammenarbeit mit allen gesellschaftlichen Akteuren und schafft die Grundlage für eine Verfestigung von Prävention und Gesundheitsförderung.

(2) Verantwortung der gesellschaftlichen Akteure klar festlegen – Prävention und Gesundheitsförderung gerecht finanzieren

Wirksame Präventionsstrukturen in den verschiedenen Lebenswelten, die zu mehr Gesundheit führen, können nur entstehen, wenn gesetzlich verbindliche Verantwortlichkeiten für alle gesellschaftlichen Akteure festgelegt werden und diese auch nachhaltig wirken. Die Finanzierung muss gerecht auf alle Akteure verteilt werden.

(3) Alle gesellschaftlichen Akteure fördern (digitale) Gesundheitskompetenz

Für die Steigerung der (digitalen) Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung und die Verringerung der Unterschiede in der digitalen Kompetenz („Digital Divide“), sind alle gesellschaftlichen Akteure verantwortlich. Sie müssen sicherstellen, dass alle Menschen in jeder Lebensphase zielgruppengerecht Zugang zu qualitätsgesicherten Gesundheitsinformationen haben und befähigt werden, diese kritisch zu bewerten, zu verstehen und für ihre Gesundheit sinnvoll zu nutzen.

(4) Zielgerichtete Prävention basiert auf individuellen Gesundheitsdaten

Um Präventionsangebote für ihre Versicherten zielgerichtet und wirksam zu gestalten, brauchen Krankenkassen eine gesetzlich verankerte Berechtigung für individuelle Beratungsangebote. Nur so können Krankenkassen vorhandene Gesundheitsdaten nutzen, um bedarfsgerechte Maßnahmen zu entwickeln und Prävention effektiv, messbar und wirtschaftlich zu gestalten. Versicherte erhalten dabei volle Transparenz und die Entscheidungsfreiheit über die Nutzung ihrer Daten.

1. Prävention und Gesundheitsförderung in allen Politikfeldern mitdenken

Prävention und Gesundheitsförderung sind eine Gemeinschaftsaufgabe vieler gesellschaftlicher Akteure mit dem Ziel, die Gesundheit der Bevölkerung zu fördern und zu erhalten. Handlungsbedarf ist gegeben: Laut dem Institut der deutschen Wirtschaft werden bis zum Jahr 2036 etwa 16,5 Millionen Babyboomer in Altersrente gehen. Bis 2030 könnten bis zu 5 Millionen Fachkräften fehlen. Diese Entwicklungen stellen Politik und Gesellschaft vor große Herausforderungen, die wir angehen müssen. Darüber hinaus verändert der Klimawandel die Lebensbedingungen und wirkt sich auf vielfältige Weise auf die Gesundheit aller Menschen aus. In den Lebenswelten erhalten Klimaschutz und Klimaanpassung daher eine zunehmende Bedeutung. Kommunen, Träger von Einrichtungen und Betriebe müssen entsprechende Strukturen schaffen und Maßnahmen umsetzen.

Die Weichen müssen jetzt gestellt werden. Hierfür ist in erster Linie die Politik gefragt. Gesundheit muss in allen Politikfeldern und auf allen Ebenen des föderalen Systems mitgedacht werden. Das geht von der Städteplanung über den Bereich Ernährung und Landwirtschaft bis hin zur Verkehrspolitik. Bei jedem Gesetz müssen die gesundheitlichen Auswirkungen betrachtet und die Frage beantwortet werden, welche Folgen diese Entscheidung für die Gesundheit der Menschen hat, sowohl positiv als auch negativ.

Das Gesundheitssystem stößt finanziell und personell an seine Grenzen. Mit einer besseren Prävention könnten wir insgesamt auch die Krankheitslast reduzieren – und damit das Leiden von vielen Menschen. Dies spart Ressourcen beim Personal, der Infrastruktur und senkt letztlich die Kosten. Wir können es uns nicht mehr leisten, das Potenzial, was in dieser gesundheitsförderlichen Gesamtpolitik liegt, zu verschwenden. Die Politik muss hier entsprechende Anreize setzen und Verantwortlichkeiten festlegen, damit die Kosten gerecht verteilt werden und nicht bei den Beitragszahlenden der Krankenkassen hängenbleiben.

Auf die vorgenannten Bedingungen sollte die nationale Präventionsstrategie einzahlen. Diese sollte regelmäßig überprüft und den aktuellen Gegebenheiten angepasst werden. Gerade auch Klima- und Umweltaspekte müssen verstärkt in die nationale Präventionsstrategie einfließen.

2. Prävention und Gesundheitsförderung gerecht finanzieren

Wir plädieren für eine verpflichtende Ausgabe zweckgebundener Mittel für Prävention und Gesundheitsförderung durch den Bund, die Länder, Sozialversicherungsträger, Kommunen sowie den Lebenswelten selbst (Kita, Schule, Hochschule, Arbeitsplatz, Pflegeeinrichtung). Als Orientierungshilfe können die gesetzlich festgelegten Pflichtmittel je Versicherten in der GKV dienen.

Eine systemisch orientierte Gesundheitsförderung, die strukturelle Voraussetzungen in den Lebenswelten schafft, ist für uns eine Grundvoraussetzung. Der Aufbau von Netzwerken, eine umfassende Gesundheitsaufklärung sowie die Förderung eines präventiven Umgangs mit mentalen Belastungen schon für Kinder in der Kita oder Grundschule sind beispielgebend und tragen zu einer Kultur des Wohlbefindens bei. Ziel ist ein möglichst lückenloses Ineinandergreifen aller Angebote zur Sicherung eines gelingenden Aufwachsens und Lebens in Wohlergehen. Dabei sollten Brüche zwischen Altersstufen und Handlungsfeldern möglichst vermieden werden.

Eine Schlüsselfunktion im Lebensweltansatz kommt den Kommunen als „Dach-Setting“ zu. Wir sind davon überzeugt, dass eine enge Abstimmung und Zusammenarbeit mit den Kommunen unerlässlich für eine gelingende und nachhaltige Prävention und Gesundheitsförderung in den Lebenswelten sind. Diese gemeinsame Verantwortung wollen wir aktiv gestalten, notwendige Strukturen schaffen und diese langfristig fördern.

Ein zentraler Akteur für kommunale Prävention ist der öffentliche Gesundheitsdienst (ÖGD) mit seinen gesundheitsförderlichen Aufgaben im Kontext der kommunalen Daseinsvorsorge. Um eine bedarfsgerechte kommunale Präventionsstrategie sicherzustellen, wollen wir den Austausch mit dem ÖGD stärken und als beständiger Kooperationspartner agieren. Dabei kann die strategische Verknüpfung der datengestützten Berichterstattung von Kassen und Kommunen entscheidend

unterstützen. Die Bedarfserhebung, als Grundvoraussetzung für die Bereitstellung finanzieller Mittel durch die Kranken- und Pflegekassen, kann für uns bereits ein Produkt intensiver Zusammenarbeit sein.

Das gesundheitsbezogene Verhalten und die dazugehörigen Verhältnisse, wie zum Beispiel sozioökonomische Faktoren, haben einen bedeutenden Anteil am individuellen Gesundheitszustand eines Menschen. Daher ist die Gesundheitsförderung entlang des Lebenslaufs der größte Hebel, um die Gesellschaft mit verhältnismäßig überschaubaren Mitteln gesünder zu machen. Jeder in die Prävention und Gesundheitsförderung investierte Euro kann ein Vielfaches der Kosten in der Gesundheitsversorgung verhindern und trägt damit auch zu einer langfristigen Finanzierbarkeit und Stabilisierung der Sozialversicherung bei.

3. (Digitale) Gesundheitskompetenz mit allen gesellschaftlichen Akteuren fördern

Für die Steigerung der (digitalen) Gesundheitskompetenz in der Bevölkerung und die Verringerung des „Digital Divide“ sind alle gesellschaftlichen Akteure verantwortlich. So erfordert die Digitalisierung im Gesundheitswesen eine Planung und Ausrichtung im Rahmen eines Health-in-All-Policies-Ansatzes. Sie umfasst strukturelle Voraussetzungen wie flächendeckenden Internetzugang sowie ausreichende digitale Bildung und Teilhabemöglichkeiten. Sie berührt damit Bereiche, die über die unmittelbare Zuständigkeit der GKV und weiterer einzelner Akteure hinausgehen.

Präventionsmaßnahmen können an einzelne Versicherte oder Menschen in Lebenswelten gerichtet sein und Teilnehmende motivieren, gesundheitsförderliche Verhaltensweisen dauerhaft in den Lebensalltag zu integrieren. Ein niederschwelliger Zugang zu individuellen Präventionsangeboten kann dabei insbesondere durch die Digitalisierung ermöglicht werden. Sie bietet die Chance, neue Zielgruppen zu erreichen und innovative Zugänge zu schaffen.

Eine zentrale Herausforderung der Digitalisierung stellt der „Digital Divide“ dar, d.h. die ungleiche Verteilung von Zugang, Nutzungsmöglichkeiten und digitaler Kompetenz. Digitale Gesundheitskompetenz ist notwendig, um die Vielzahl an digitalen Informationen kritisch zu bewerten, zu verstehen und für die eigene Gesundheit sinnvoll nutzen zu können. Unser Ziel ist daher, die Steigerung der Gesundheitskompetenz und insbesondere der digitalen Gesundheitskompetenz. Sie kann einen wichtigen Beitrag zur Stärkung der Selbstbestimmungs- und Teilhabechancen der Menschen leisten und die Prävention und Gesundheitsförderung in Deutschland insgesamt positiv beeinflussen. Ein besonderes Augenmerk muss dabei auf vulnerablen Zielgruppen, gesundheitlicher Chancengleichheit und Barrierefreiheit liegen.

4. Individuelle Prävention datenbasiert gestalten

Um Präventionsangebote für ihre Versicherten zielgerichtet und wirksam zu gestalten, brauchen Krankenkassen eine gesetzlich verankerte Berechtigung für individuelle Beratungsangebote. Durch zusätzliche Erweiterung und Nutzung der vorhandenen Gesundheitsdaten kann Prävention und Gesundheitsförderung nicht nur effektiver gestaltet, sondern auch messbarer gemacht werden und somit einen wichtigen Beitrag dazu leisten, Versorgungsdefizite gezielt abzubauen. Als gesetzliche Krankenkasse verfügt die BARMER über umfassende Daten ihrer Versicherten. Diese geben nicht nur Aufschluss über aktuelle Versorgungsbedarfe, sondern können auch aufzeigen, welche Präventionsmaßnahmen zu welchem Zeitpunkt sinnvoll sind.

Unter Beachtung datenschutzrechtlicher Vorgaben sowie der gesetzlichen Regelungen gilt es, dieses Datenpotenzial besser auszuschöpfen und unseren Versicherten bedarfsgerechte Angebote zu machen. Wir stellen den gesundheitlichen Mehrwert für den Einzelnen und die Gesellschaft in den Fokus und fordern mehr Unterstützung der Menschen in puncto Datenkompetenz, mehr Handlungsspielraum in der Auswertung von Daten sowie den Abbau bürokratischer Hürden im Umgang mit Gesundheitsdaten. Versicherte erhalten dabei volle Transparenz und die Entscheidungsfreiheit über die Nutzung ihrer Daten.